

Jörg Hinze

Arbeitslosigkeit nähert sich Rekordhöhe

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nimmt seit geraumer Zeit kräftig zu. Angesichts der schwachen Wachstumsperspektiven sind die Aussichten auf eine baldige Wende am Arbeitsmarkt gering. Um so dringlicher ist eine rasche Umsetzung der angekündigten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen. Reicht das aber schon für eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit aus?

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit nahezu drei Jahren in einer ausgeprägten Wachstumschwäche, die in zunehmendem Maße auch auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Seit Mitte vergangenen Jahres hat sich der Rückgang der Beschäftigung spürbar verstärkt und der Anstieg der Arbeitslosigkeit beschleunigt. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres stieg die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen um fast eine viertel Million auf 4,46 Millionen (vgl. Schaubild 1). Der bisherige Höchststand des Jahres 1997 von saisonbereinigt 4,5 Mill. Arbeitslosen ist damit nahezu erreicht.

Das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung ist eher noch größer, als es die offiziellen Arbeitslosenzahlen zeigen. Denn daneben gibt es jene, die sich in die sogenannten Stille Reserve (derzeit 1,75 Mill.)¹ zurückgezogen haben, weil sie z.B. keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, sowie jene, die lediglich durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt werden oder sich in Weiterbildungsmaßnahmen befinden (derzeit rund 1,7 Mill.)². Allerdings darf man diese Zahlen nicht einfach aufaddieren, da nicht alle Personen aus der stillen Reserve tatsächlich eine dauerhafte Beschäftigung suchen und ein Teil der durch die Arbeitsmarktpolitik geförderten Personen wohl auch ohne Förderung eine Beschäftigung gefunden hätte.

Beschleunigter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die beschleunigte Zunahme der Arbeitslosigkeit in letzter Zeit hat verschiedene Gründe. So wurden angesichts der anhaltenden Stagnation der deutschen

Wirtschaft und der wiederholt enttäuschten Erwartungen hinsichtlich einer baldigen konjunkturellen Besserung zunehmend „vorgehaltene“ Arbeitskräfte freigesetzt. Verstärkt wurde diese Entwicklung dadurch, daß sich der Druck von seiten der Arbeitskosten erhöht hat: Zum einen haben die Gewerkschaften ihren lohnpolitischen Kurs in der letztjährigen Tarifrunde trotz wachsender Arbeitslosigkeit verschärft, zum anderen stiegen zu Beginn dieses Jahres die Lohnnebenkosten aufgrund der Anhebung der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge noch einmal kräftig. Überdies verminderte die Bundesanstalt für Arbeit die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt. Die Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Reform) haben das nicht kompensieren können, sondern lediglich einen noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindert³. Schließlich hat auch der Irakkonflikt in Branchen wie der Touristik Arbeitsplätze gekostet.

Eine baldige Wende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht, zumal dieser erfahrungsgemäß mit Verzögerung auf die Konjunktur reagiert. Spürbare Impulse für der Beschäftigung wären erst bei einer nachhaltigen Konjunkturerholung zu erwarten. Nach Einschätzung

¹ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit: IAB-Kurzbericht Nr.1/2003.

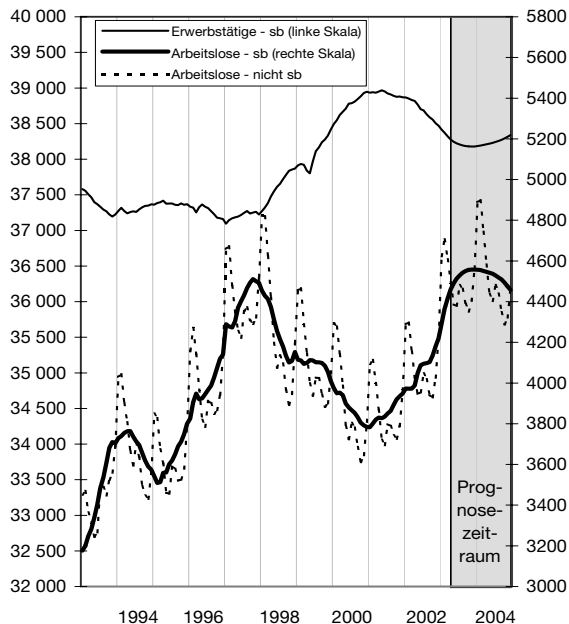
² Vgl. Jörg Hinze: Kernproblem Arbeitsmarkt, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 83. Jg. (2003), H. 2, S. 130 f.

³ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Presseinformation Nr.24 vom 3.4.2003, S. 3f.

⁴ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg: DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen. Abgeschlossen in Hamburg am 15. April 2003.

Jörg Hinze, 50, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Internationale Makroökonomie“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Schaubild 1
Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland
(in 1000 Personen)



sb = saisonbereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; HWWA-Prognose.

der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem vor kurzem veröffentlichten Frühjahrgutachten ist auch nach Beendigung des Irakkriegs lediglich mit einer moderaten Erholung der deutschen Wirtschaft zu rechnen; insgesamt wird für dieses Jahr nur noch ein Wirtschaftswachstum von einem halben Prozent prognostiziert⁴. Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erwarten, dass es zu vermehrten Neueinstellungen kommt, vielmehr werden die Unternehmen bestrebt sein, eine Ausweitung der Produktion so lange wie möglich mit dem vorhandenen Personalbestand zu bewältigen. Nach wie vor planen erheblich mehr Unternehmen einen Personalabbau als einen -aufbau⁵, und auch die Zahl der offenen Stellen ist bis zuletzt gesunken.

Der Rückgang der Beschäftigung bzw. der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürften sich daher zunächst allenfalls verlangsamen. Zur Jahresmitte wird die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen den Höchststand vom

⁵ Vgl. Unternehmensbefragung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Mai 2003.

⁶ Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrgutachten für 2004 mit einer rein konjunkturellen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4%; lediglich wegen eines außerordentlichen Kalendereffekts ergibt sich für 2004 letztlich eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 1,8%. Vgl. Fußnote 4.

Herbst 1997 (4,51 Mill.) überschreiten. Im kommenden Winter ist bei den unbereinigten Arbeitslosenzahlen mit einem Rekordwert zu rechnen; im Januar/Februar, den Monaten mit den witterungsbedingt höchsten Arbeitslosenzahlen im Laufe eines Jahres, wird sie voraussichtlich den bisherigen Höchststand vom Februar 1998 von 4,82 Mill. Arbeitslosen übertreffen und sich der 5-Millionen-Marke nähern. Nach Einschätzung der Institute ist auch im nächsten Jahr nicht mit einer spürbaren Besserung der Arbeitsmarktlage zu rechnen; sie gehen für 2004 von einer verhaltenen Aufwärtsentwicklung der Konjunktur aus⁶.

Reformstreit lähmt Arbeitsmarkt

Eine Voraussetzung für eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist eine Erholung der Konjunktur in Deutschland. Wie rasch es dazu kommt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie kräftig die Impulse seitens der Weltwirtschaft sein werden; hier bestehen bei anhaltender Aufwertung des Euro nicht unerhebliche Risiken. Viel wird auch davon abhängen, wie schnell und in welchem Umfang die angekündigten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen umgesetzt werden; hier gibt es seitens der Gewerkschaften und sogar aus den Regierungsparteien noch erheblichen Widerstand. Solange der Reformstreit anhält, werden die Unternehmen mit Einstellungen abwarten.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Konstellation und die wirtschaftspolitische Unsicherheit bergen nicht unerhebliche Gefahren; sie fördern bei Verbrauchern und Unternehmen Attentismus. Bei anhaltendem Rückgang der Beschäftigung würden die verfügbaren Realeinkommen insgesamt - trotz des kräftigen Anstiegs der Tariflöhne in diesem Jahr - kaum zunehmen; auch würden sich die Verbraucher bei andauernder Angst um den Arbeitsplatz beim privaten Konsum wohl noch weiter zurückhalten. Die über die ursprünglichen Ansätze⁷ der Bundesregierung hinausgehenden Arbeitslosenzahlen führen überdies zu höheren als den veranschlagten Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit und zu geringeren Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben; das Staatsdefizit wird auch deshalb merklich höher ausfallen und die 3%-Marke überschreiten. Das dämpft wegen des durch den Europäischen Stabilitätspakt vorgegebenen Konsolidierungszwangs die Ausgabenneigung des Staates,

⁷ Die Bundesanstalt für Arbeit hatte in ihrem Haushalt ursprünglich für 2003 im Jahresdurchschnitt 4,14 Mill. Arbeitslose unterstellt, die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren in ihrem Frühjahrgutachten für dieses Jahr 4,45 Millionen.

nicht zuletzt bei dessen Investitionen. Zudem wird es angesichts der zunehmenden Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme immer unrealistischer, die Beiträge und damit die Lohnnebenkosten zu senken.

Ein fortgesetzter Anstieg der Arbeitslosigkeit würde dann den Teufelskreis von zunehmenden Transferleistungen, steigenden Beiträgen, höheren Lohnnebenkosten und weiter verringerter Einstellungsbereitschaft der Unternehmen noch verschärfen. Für 2004 ist bereits eine weitere Anhebung der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge im Gespräch; auch werden neuerliche Steuererhöhungen nicht mehr ausgeschlossen.

Hohe Beschäftigungsschwelle

Wie realistisch sind überhaupt Vorstellungen - wie etwa die der Hartz-Kommission, die im Sommer vergangenen Jahres noch von einer Halbierung der Arbeitslosenzahl binnen drei Jahren sprach -, dass durch eine baldige Umsetzung der Reformen rasch eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt erreicht werden könnte?

Die Beschäftigungsentwicklung wird auf mittlere Sicht im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt, dem Trend- bzw. Potentialwachstum sowie der Beschäftigungselastizität des Wirtschaftswachstums bzw. der Beschäftigungsschwelle. Unter letzterer wird im allgemeinen jene Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts verstanden, die erreicht werden muß, damit die Beschäftigung zunimmt.

Die theoretischen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum, Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung bzw. Arbeitslosigkeit werden vor allem durch das Okunsche Gesetz und die Verdoorn-Hypothese beschrieben. Die Beschäftigungsentwicklung erklärt sich danach aus der Differenz von Produktions- und Produktivitätsentwicklung; die Beschäftigungsschwelle entspricht definitionsgemäß dem Produktivitätsanstieg. Sie hängt - abgesehen von der jeweiligen Konjunkturphase⁸ - von einer Reihe von Einflußgrößen ab. Hervorzuheben sind einmal die institutionellen Rahmenbedingungen am Arbeits-

markt; dazu gehören der Kündigungsschutz und die Möglichkeiten zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen. Eine ebenfalls wichtige Determinante sind die Arbeitskosten. Liegt deren Anstieg über der „normalen“ Produktivitätssteigerung und ist eine Überwälzung wegen intensiven Wettbewerbs nicht möglich, werden die Unternehmen versuchen, den zunehmenden Lohnkostendruck über eine zusätzliche Steigerung der Produktivität aufzufangen und die Lohnstückkosten zu drücken. Dies kann über die Entlassung weniger produktiver Arbeitskräfte geschehen (sogenannte Entlassungsproduktivität) und/oder über eine Substitution von Arbeit durch Kapital, unter Umständen kann es sogar zu Produktionsverlagerungen ins Ausland kommen. Wichtig ist auch eine stärkere Differenzierung der Löhne, um Personen mit geringer Qualifikation oder anderen Mängeln eine Chance zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Beschäftigungsschwelle empirisch zu bestimmen ist relativ schwierig, denn sie ist keine konstante Größe und schwankt sehr stark. Sie ist eher ein Durchschnittswert über einen längeren Zeitraum, der sich unter ganz bestimmten Bedingungskonstellationen ergibt⁹. Empirische Studien kommen denn auch, je nach methodischer Vorgehensweise und Untersuchungszeitraum, zu divergierenden Ergebnissen. Für die Beschäftigungsschwelle in Deutschland wird häufig ein Wert um 1,7% genannt. Dieser ergibt sich aus der langfristigen, durchschnittlichen Differenz (1970 bis 2002) zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum und entspricht der längerfristigen Produktivitätsentwicklung (je Erwerbstätigen)¹⁰. Seit Mitte der neunziger Jahre beträgt die so gemessene Beschäftigungsschwelle zwar lediglich 1%. Das läßt sich neben dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und der zeitweilig moderateren Lohnpolitik aber vor allem mit den verbesserten Möglichkeiten geringfügiger Beschäftigung, insbesondere der Einführung der sogenannten 630-Mark-Jobs¹¹, erklären. Bezogen auf Erwerbstätigenstunden, d.h. auf das geleistete Arbeitsvolumen, hat sich die Beschäftigungs-

⁸ Empirische Studien kommen zu dem Ergebnis, daß es in Auf- oder Abschwungsphasen unterschiedliche Beschäftigungsschwellen des Wachstums gibt. Vgl. Joachim Allinger, Christian Jasperneite: Trendwende am Arbeitsmarkt? – Eine ökonometrische Analyse, Universität Passau, S. 16.

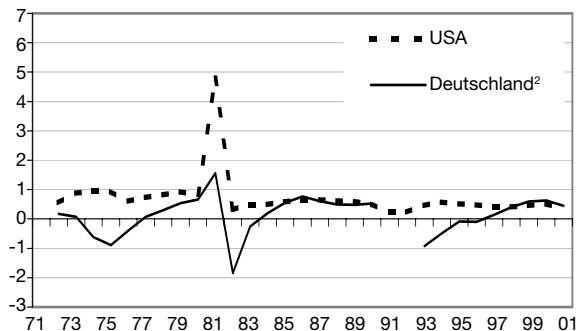
⁹ Vgl. Leo Pusse: Die Beschäftigungsschwelle als zentrale Determinante der Erwerbstätigkeit, in: IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250, S. 71.

¹⁰ Die auf der Basis des Arbeitsvolumens in Stunden berechnete Beschäftigungsschwelle ist wegen der durchschnittlichen Arbeitszeitreduzierung höher als die auf Basis der Erwerbstätigenzahlen ermittelte; für das Arbeitsvolumen liegen aber vor 1991 keine Daten vor.

¹¹ Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse; in Kraft getreten im April 1999.

¹² In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sind die für Gesamtdeutschland berechneten Beschäftigungsschwellen bzw. -elastizitäten durch die nach der Wiedervereinigung dominierenden strukturellen Anpassungsprozesse geprägt (siehe Schaubild 2).

Schaubild 2
Durchschnittliche Beschäftigungselastizität
des Wirtschaftswachstums¹



¹ Jahreswerte, gleitende Dreierdurchschnitte der Veränderung der Beschäftigung in Relation zu den Dreierdurchschnitten der Veränderung des BIP. ² Anfang der 90er Jahre wegen der Wiedervereinigung unterbrochen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

schwelle für diese Zeit aber nicht verringert; sie betrug durchschnittlich 1,8%.

Angesichts der Komplexität der ökonomischen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung kann die Gleichsetzung der Beschäftigungsschwelle einfach mit der Differenz von Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nur eine pragmatische Näherungslösung sein. Einige der Einflußgrößen, wie etwa ein autonomer Produktivitätsfortschritt, rechtfertigen zwar eine derartige Gleichsetzung, andere, wie produktionstechnische Zusammenhänge oder Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen, z.B. durch vermehrte Teilzeitarbeit der geringfügig Beschäftigten, sprechen jedoch für eine Proportionalität zwischen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung. Betrachtet man die Beschäftigungselastizität des Wirtschaftswachstum, d.h. die Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Relation zu der des realen Bruttoinlandsprodukts, so betrug sie in Westdeutschland vor der Wiedervereinigung im langfristigen Durchschnitt 0,3 und in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre etwa 0,4¹².

In den USA zum Vergleich war diese Relation im langfristigen Durchschnitt dagegen mit 0,55 merklich

höher, das Wirtschaftswachstum war dort also beschäftigungsintensiver (vgl. Schaubild 2). Allerdings hat sich in den USA die Beschäftigungsintensität im vergangenen Jahrzehnt tendenziell verringert, teilweise wohl wegen des stärkeren Produktivitätsanstiegs im Zusammenhang mit dem IT-Boom, aber auch aufgrund zunehmender Arbeitskräfteknappheit. Mit reichlich 0,4 war sie jedoch immer noch ähnlich hoch wie in Deutschland.

Die deutlicheren Schwankungen der Beschäftigungselastizität in Deutschland als in den USA (vgl. Schaubild 2) sind nicht zuletzt Ausdruck einer geringeren Konjunkturreaktivität der Beschäftigung. So werden Anpassungen der Beschäftigung an die Produktion in Deutschland nur verzögert vorgenommen, wobei bisweilen sicherlich auch unvorhersehbare Schocks eine Rolle spielten, deutlich erkennbar nach den beiden Ölpreiskrisen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre¹³. Die in den USA insgesamt stetigere Beschäftigungselastizität zeigt, daß dort die Anpassungen der Beschäftigung an die Produktion rascher erfolgen, was nicht zuletzt auf unterschiedliche Arbeitsmarktflexibilitäten bzw. -rigiditäten, speziell beim Kündigungsschutz, zurückzuführen ist.

Die zweite entscheidende Größe für die Beurteilung der künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten ist der mittelfristige Wachstumspfad, das Potentialwachstum. Dieser wird derzeit auf etwa 1½% geschätzt; bei ausbleibenden Reformen wird von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten sogar ein weiteres Absinken der Potentialrate befürchtet¹⁴. Unter Zugrundelegung einer Beschäftigungselastizität und eines Wachstumspfads wie in der jüngeren Vergangenheit bedeutete dies eine trendmäßige Zunahme der Beschäftigung um jährlich kaum mehr als ½%, d.h. um rund 200 000 Personen pro Jahr. Unter diesen Bedingungen wäre eine Halbierung der derzeitigen Arbeitslosenzahlen bestenfalls in zehn Jahren möglich¹⁵.

¹³ Der starke Anstieg Anfang der achtziger Jahre ist im wesentlichen ein „statistischer Reflex“ der zweiten Ölkrise, nämlich insoweit, als das Wirtschaftswachstum durch diesen Schock gegen Null ging, die Beschäftigungselastizität deswegen ungewöhnlich anstieg.

¹⁴ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, a.a.O., S. 69. Desweiteren Deutsche Bundesbank: Zur Entwicklung des Produktionspotentials in Deutschland, in: Monatsbericht, März 2003, S. 43 ff.

¹⁵ Dabei sind allerdings wegen der unsicheren Datenlage etwaige Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials nicht berücksichtigt. Selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit wagte bei seiner letzten Beschäftigungsprojektion bis zum Jahr 2015 wegen Datenrevisionen keine quantitative Prognose des Erwerbspersonenpotentials. Vgl. IAB-Kurzbericht Nr.10/2002: Projektion bis 2015 – Gute Chancen für moderaten Aufbau der Beschäftigung, S.5.

¹⁶ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Wiesbaden, November 2002.

¹⁷ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, a.a.O.

Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik


Ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit innerhalb überschaubarer Zeiträume erfordert somit zweierlei, eine Erhöhung des Potentialwachstums und eine gleichzeitige Senkung der Beschäftigungsschwelle. Beides ist nicht unabhängig voneinander zu sehen. Die für eine Senkung der Beschäftigungsschwelle notwendigen Reformen würden zugleich die Wachstumskräfte stärken; die diskutierten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sind insoweit auch Wachstumspolitik. Die Agenda 2010 wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem letzten Jahresgutachten mit seinem 20-Punkte-Programm für Beschäftigung und Wachstum noch weiter gehende Empfehlungen vorgelegt¹⁶; die Forderungen und Vorschläge der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren halbjährlichen Gemeinschaftsgutachten gehen in die gleiche Richtung¹⁷. Sie zielen darauf, durch Senkung der Abgabenbelastung und damit der Kosten des Faktors Arbeit die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen, durch Flexibilisierung des Arbeitsrechts die Beschäftigungsrisiken der Unternehmen zu mindern, durch Vergrößerung des Abstands zwischen Erwerbseinkommen und Lohnersatzleistungen Arbeitsanreize zu schaffen sowie durch Senkung der direkten Steuern die Leistungs- und Investitionsanreize zu stärken.

All das würde helfen, die Beschäftigungsschwelle abzusenken und den Potentialpfad anzuheben. Ein erhöhtes Wirtschaftswachstum und eine wieder zunehmende Beschäftigung würden zudem die Kosten für Arbeitslosigkeit senken und die Steuer- und Beitragseinnahmen erhöhen.

Eine derartige „Doppelstrategie“ von Arbeitsmarkt- und Sozialreformen verbunden mit leistungsfördernden Steuersenkungen würde die Wachstumskräfte stärken und gleichzeitig die Beschäftigungsschwelle verringern. Die Hartz-Reformen, insbesondere die Personal-Service-Agenturen und die sogenannten Mini-Jobs, deren kurzfristigen Effekte als gering einzuschätzen sind, könnten bei Erholung der Konjunktur ihre Wirkung besser entfalten. Bei einer Erhöhung der Beschäftigungselastizität auf 0,6 und einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2% pro Jahr wäre eine jährliche Zunahme der Beschäftigung um rund 1¼% möglich, das entspräche 500 000 Personen. Unter derartigen Bedingungen könnte die Arbeitslosigkeit binnen eines halben Jahrzehnts halbiert werden.

**„Pflichtlektüre“
für künftige
Volkswirte**

Fritsch/Wein/Ewers
**Marktversagen und
Wirtschaftspolitik**



Vahlens Handbücher
der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften

Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns

Von Prof. Dr. Michael Fritsch, Freiberg, Privatdozent Dr. Thomas Wein, Lüneburg, und Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers †

5., überarbeitete und ergänzte Auflage
2003. XXV, 420 Seiten.
Gebunden € 35,-
ISBN 3-8006-2943-7

Wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates werden häufig damit begründet, dass der Markt versagt und deshalb Korrekturen erforderlich seien. Das Buch bietet eine umfassende und systematische Darstellung der verschiedenen Ansätze zu einer mikroökonomischen Theorie des Marktversagens und geht jeweils ausführlich auf die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie auf instrumentelle Alternativen ein. Die Neuauflage enthält neben der Darstellung von Begründung und Ausgestaltung der Regulierung des Telekommunikationssektors als weiteres Praxisbeispiel die Regulierung im Bereich der Bahn.

FAX-COUPON

___ Expl. 3-8006-2943-7 **Fritsch/Wein/Ewers**
Marktversagen und Wirtschaftspolitik
5. Auflage, 2003. Gebunden € 35,- inkl. MwSt., zzgl. Vertriebskosten

Name/Firma _____	Bitte bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei: VERLAG VAHLEN 80791 MÜNCHEN Fax: (089) 3 81 89-402 Internet: www.vahlen.de E-Mail: bestellung@vahlen.de
Straße _____	
PLZ/Ort _____	
Datum/Unterschrift _____ 8/1209104	

Sie haben das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihre Buchhandlung oder an den Verlag Franz Vahlen, c/o Nördlinger Verlagsauslieferung, Augsburg Str. 67 a, 86720 Nördlingen zurückzusenden, wobei die rechtzeitige Absendung genügt. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Empfänger.
 Ihr Verlag Franz Vahlen GmbH, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Geschäftsführer: Dr. Hans Dieter Beck